Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7306**

16. Wahlperiode 27. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Priska Hinz (Herborn), Dr. Anton Hofreiter, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Brigitte Pothmer, Krista Sager, Irmingard Schewe-Gerigk, Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Silke Stokar von Neuforn, Dr. Harald Terpe, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6423, 16/6424, 16/6425 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Große Koalition hat die erste Hälfte der Legislatur trotz bester Rahmenbedingungen für Haushaltskonsolidierung ungenutzt verstreichen lassen.

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD (Große Koalition) hat die einmalige Chance der sprudelnden Steuerquellen und der starken Konjunktur während der ersten Hälfte der Legislatur völlig verschlafen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD dokumentieren mit dem vorliegenden Haushaltsgesetz 2008, dass sie noch immer nicht willens und in der Lage sind, notwendige Schritte zum Abbau der nach wie vor milliardenschweren Defizite in Angriff zu nehmen. Mit dem Bundeshaushalt 2008 setzt die Große Koalition auf waghalsige Finanztransaktionen und unsolide sowie nicht gegenfinanzierte Ausgabenpolitik, anstatt den konjunkturellen Rückenwind für eine inhaltliche Prioritätensetzung und zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen. Bei steigenden Steuereinnahmen um 2,7 Prozent werden die Ausgaben zwischen 2007 und 2008 um vier Prozent erhöht. Eine solche Haushaltspolitik ist ein exemplarisches Symbol der Kraft- und Mutlosigkeit der Großen Koalition, denn nicht große Reformen stehen auf dem Programm, sondern die Befriedigung von nicht gegenfinanzierten Ausgabenwünschen. Diese Politik verkennt, dass dies eine riskante und naive Wette auf eine beständig brummende Konjunktur darstellt und dass nach guten Jahren auch schwächere folgen können.

Nettokreditaufnahme sinkt trotz hoher Mehreinnahmen nicht deutlich

Die Nettokreditaufnahme im Jahr 2008 soll 11,9 Mrd. Euro betragen. Im Jahr 2009 soll diese in der Finanzplanung nur leicht auf 10,5 Mrd. Euro sinken, um

dann im Jahr 2010 auf 6 Mrd. Euro und schließlich im Jahr 2011 auf Null abgebaut zu werden. Eine solche Haushaltspolitik ist grob fahrlässig, weil in den aktuell konjunkturell ausgezeichnet laufenden Wirtschaftsjahren Überschüsse für weniger gute Zeiten erwirtschaftet werden müssten. Darauf zu setzen, dass der laufende Aufschwung bis 2011 und weiter anhält, und deshalb erst bis dahin gerade einmal einen Haushaltsausgleich anzustreben, ist deshalb haushaltspolitisch naiv und setzt ein völlig falsches Signal.

Für das Haushaltsjahr 2008 wäre eine Neuverschuldung von rund 6,5 Mrd. Euro darstellbar. Damit wäre bereits für das Jahr 2009 ist ein ausgeglichener Haushalt möglich. Gerade vor dem Hintergrund der erheblichen Steuermehreinnahmen für das laufende Jahr 2007 und guter Prognose für das Jahr 2008 ist der vorliegende Haushalt 2008 deutlich zu ambitionslos. Für das Jahr 2007 wurde bei Haushaltsbeschluss eine Nettokreditaufnahme von 19,6 Mrd. Euro veranschlagt. Durch die laufende Konjunktur sind für den Bund Mehreinnahmen im laufenden Jahr in Höhe von über elf Mrd. Euro zu erwarten. Deshalb könnte man im Jahresabschluss 2007 eine Nettokreditaufnahme von „nur" noch neun Mrd. Euro erreichen. Stattdessen schüttet die Große Koalition im Nachtragshaushalt 2007 das Füllhorn aus und belässt es bei einer Neuverschuldung von 14,4 Mrd. Euro. Wenn nun auch im Haushaltsjahr 2008 die Nettokreditaufnahme immer noch mit 11,9 Mrd. Euro deutlich zweistellig ist, wird deutlich, dass die Koalition geradezu das Gegenteil konsequenter Konsolidierungsbemühungen betreibt – ein Armutszeugnis und haushaltspolitischer Offenbarungseid!

Übersicht über Haushaltseckdaten 2007 und 2008 in Mrd. Euro

	2007	**2007 Nachtrag**	**2008**	**Änderung 2007 – Nachtrag zu 2008 (in Mrd. €)**
Steuereinnahmen	220,5	231,7	238,0	+ 6,3
Privatisierungserlöse	9,2	4,6	10,7	+ 6,1
Nettokreditaufnahme	19,6	14,4	11,9	– 2,5
Ausgaben	270,5	272,3	283,2	+ 10,9

In Anbetracht des erreichten Haushaltsausgleichs einiger Bundesländer und anderer EU-Mitgliedstaaten betont der Deutsche Bundestag, dass die für den Haushalt 2008 geplanten Stellschrauben politisch falsch justiert sind. Die Notwendigkeit zu konsequenter Haushaltskonsolidierung wird durch die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung 2007 und des Gutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (ebenfalls November 2007) unterstrichen. Die Steuerschätzer machen in ihrer Prognose deutlich, dass das durch die Koalition gefühlte haushaltspolitische Schlaraffenland stetig wachsender Steuermehreinnahmen verfehlt ist. Zwar wachsen die Steuereinnahmen in der Prognose für 2008 im Vergleich zu 2007 um 2,7 Prozent, von den zum Teil zweistelligen Wachstumsraten der vorangegangen Quartale allerdings kann keine Rede mehr sein. Auch der Sachverständigenrat mahnt. Die Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 wird auf 1,9 Prozent abgesenkt, also ein knappes Prozent unter die sich abzeichnende Entwicklung für das laufende Jahr 2007.

Die Lastenverschiebung zwischen Bundeshaushalt und Bundesagentur für Arbeit muss beendet werden

Die Einsparungen im Bundeshaushalt 2008 werden in erster Linie durch eine Lastenverschiebung hin zur Bundesagentur für Arbeit erreicht. Den Sozialversicherungsträgern zusätzliche Kosten aufzubürden, hat bei der Großen Koalition

mittlerweile Tradition. Bereits im Haushalt 2007 reduzierte der Bundesminister der Finanzen seine Ausgaben um 2,1 Mrd. Euro, indem die vom Bund zu entrichtenden Rentenversicherungsbeiträge für ALG-II-Empfänger von 78 Euro auf 40 Euro im Monat abgesenkt wurden. In kommenden Jahr belastet die Große Koalition die Bundesagentur für Arbeit insgesamt mit 10,8 Mrd. Euro. Die Bundesagentur für Arbeit wird zwar dieses Jahr voraussichtlich einen Überschuss von 6,5 Mrd. Euro erwirtschaften. Eine vergleichbare positive Finanzentwicklung im kommenden Jahr wird aber voraussichtlich nicht mehr ausreichen, um den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2008 auszugleichen. Die Bundesagentur wird von ihren Reserven zehren müssen.

Durch diese Finanztransaktionen vermischt die Große Koalition die steuer- und beitragsfinanzierte Arbeitsmarktpolitik. Es ist notwendig, den Zuschuss des Bundeshaushalts an die Bundesagentur für Arbeit aus einem Mehrwertsteuerpunkt zu streichen und im Gegenzug die fragwürdigen Verlagerungen von Ausgaben aus dem Bundeshaushalt auf die Bundesagentur für Arbeit rückgängig zu machen.

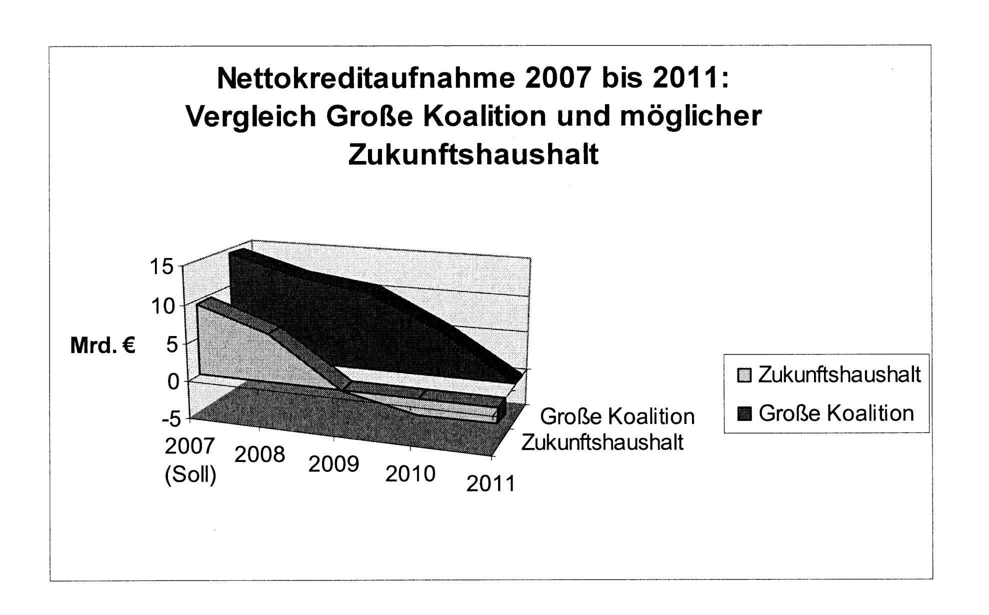
Belastungen und Entlastungen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2008

Maßnahme	**Belastung/Entlastung**
Absenkung der Beitragssätze AL-Versicherung auf 3,3 Prozent	6 400 Mio. €
Übertragung Programm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher aus dem Bundeshaushalt an die Bundesagentur für Arbeit	109 Mio. €
Streichung von Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten durch den Bund an die Bundesagentur für Arbeit	290 Mio. €
Verlängerung des ALG I für ältere Arbeitslose (Gesamtkosten von 1 100 Mio. €. Davon sollen 270 Mio. € aus Minderausgaben beim ALG II durch den Bundeshaushalt finanziert werden)	830 Mio. €
Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit an den Verwaltungs- und Eingliederungskosten im SGB II-Bereich	5 000 Mio. €
Streichung des Aussteuerungsbetrages beim Übergang vom ALG I in das ALG II	– 1 800 Mio. €
Nettobelastung der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2008	**10 829 Mio. €**

Das Haushaltsjahr 2008 bietet nach der verschlafenen ersten Hälfte der Legislatur immer noch die Option, konsequent den Weg nachhaltiger Konsolidierung einzuschlagen. Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im Rahmen der wochenlangen Haushaltsberatungen durch mehrere hundert Einzelanträge dokumentiert, dass sich die Neuverschuldung deutlich schneller absenken lässt. Folgt man der Grünen Konzeption, wäre für das Haushaltsjahr 2008 eine Halbierung der Nettokreditaufnahme möglich. Dieser Betrag mit seinen zugrunde liegenden Reformen böte sodann für das Haushaltsjahr 2009 die realistische Perspektive, einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Damit wäre das Ziel erreicht, innerhalb der Legislaturperiode mit vier wirtschaftlich ausgezeichnet laufenden Jahren einen Haushaltsausgleich zu gestalten. Im Gegensatz dazu verkaufen die Große Koalition und der Bundesminister der Finanzen großspurig das hehre Ziel, erst im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt auf dem Weg zu bringen.

NKA 2008 bis 2011: Vergleich Große Koalition und möglicher Zukunftshaushalt in Mrd. E

	2007 (Soll)	2008	2009	2010	2011
Zukunftshaushalt	9,5	6,4	0,0	– 2	– 2
Große Koalition	14,4	11,9	10,5	6	0



Dem von der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Zukunftshaushalt gelingt es, die notwendige Konsolidierung (ausgeglichener Haushalt 2009) mit klarer Prioritätensetzung für gestaltende Haushaltspolitik zu verbinden. Die Kombination dieser zwei Ansprüche an nachhaltige Haushaltspolitik – konsolidieren und gestalten – wird möglich, indem die vorgeschlagenen inhaltlichen Prioritäten allesamt gegenfinanziert sind. Trotz deutlicher und kostenträchtiger Schwerpunkte in den Bereichen Verbesserung der sozialen Grundsicherung, Klimaschutz, Bildung und Forschung, Kinderbetreuung sowie Entwicklungszusammenarbeit ist der Grüne Zukunftshaushalt bereits 2009 ausgeglichen. Haushaltskonsolidierung ist dieser Prioritätensetzung zufolge daher kein Selbstzweck.

Beginnend beim allgemeinen Verwaltungshandeln liegen erhebliche Effizienzpotentiale verborgen. Deutliche Aufgabenkritik im Rahmen einer Produktbetrachtung öffentlicher Leistungen führt schließlich zu weiterem deutlichen Einsparpotential. Schließlich ist die antiquierte und kaum hinterfragte Subventionspolitik grundlegend auf den Prüfstand zu stellen. Mit solchen Reformen wären die zweistelligen Milliardenlöcher im Haushalt zu bändigen. Allen Beteiligten muss deutlich sein, dass notwendige Reformen in Zukunft grundlegend neue Gestaltungsspielräume eröffnen und die Politik somit wieder mehr Handlungsfähigkeit erlangt.

II. Der Deutsche Bundestag wolle des Weiteren beschließen:

Um den Bundeshaushalt langfristig zu konsolidieren und für kommende Generationen zukunftsfest zu gestalten, ist eine konsistente und nachhaltige haushaltspolitische Strategie notwendig. Das strukturelle Defizit kann nur durch konsequente Ausgabenkürzung und Einnahmeverbesserung gesenkt werden. Kurzfristig ist eine Deckung der laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen anzustreben. Die haushaltspolitisch relevanten Reformen müssen jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs vollzogen werden.

Zur Erreichung des Ziels von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit gehört daneben gleichermaßen, Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, in Bildung und Forschung, Kinderbetreuung und in Entwicklungszusammenarbeit zu konzentrieren.

Eine solche auf Konsolidierung und Zukunftsinvestition ausgerichtete Haushaltspolitik bedeutet, Deutschland fit für morgen zu machen. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu diesen Zielen und das Haushaltsgesetz 2008 an nach-

folgenden Maßnahmenpakten auszurichten. Mit diesen Paketen wird der Haushalt 2008 zukunftsfähig. Der Deutsche Bundestag beschließt nachfolgenden Zukunftshaushalt.

Wesentliche Vorschläge zur Konsolidierung und Gestaltung des Haushaltes 2008

Maßnahmen	**Belastung/Entlastung**
Zusätzliche Ausgaben (Auswahl)	
Klimaschutz (Aufschlüsselung siehe Tabelle folgende Seite)	2 911 Mio. €
Erhöhung der Mittel für die **Entwicklungshilfezusammenarbeit**	250 Mio. €
Erhöhung der **Regelsätze ALG II** auf 420 Euro	4 050 Mio. €
Anpassung der Kosten der Unterkunft	1 010 Mio. €
Verstärkte **Investitionen im Bildungs**bereich	703 Mio. €
Erhöhung der Mittel für Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung Agrarstruktur und Küstenschütz	195 Mio. €
Zusätzliche Einnahmen bzw. Minderausgaben (Auswahl)	
Subventionsabbau davon: – Emissionshandel (900 Mio. €) – Absenkung der Zuschüsse für die Steinkohle (711 Mio. €) – Abbau Steuervergünstigungen für den Luftverkehr (900 Mio. €) – Abbau Ausnahmen von der Ökosteuer (1 700 Mio. €)	3 700 Mio. €
Ausweitung der mautpflichtigen Straßen und Erhöhung der **Mautsätz**e	1 055 Mio. €
Änderungen an der **Unternehmenssteuerreform**, um diese aufkommensneutral zu gestalten und Einnahmeausfälle zu verhindern	2 884 Mio. €
Einführung einer **Ticket-Tax**	250 Mio. €
Anhebung des **Spitzensteuersatzes** auf 45 Prozent	1 000 Mio. €
Kürzung von **Rüstungsprojekten**, die nicht zukünftigen Einsatzszenarien entsprechen	1 420 Mio. €

Zukunftshaushalt und Klimaschutzhaushalt

Wenn heute Nichts für den Klimaschutz getan wird, werden wir alle die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen. Doch leider bedeuten die vielen Lippenbekenntnisse der Bundeskanzlerin und des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nicht, dass sich wirklich etwas konkret in die richtige Richtung ändert. Im Gegenteil: Bei den vollmundigen Ankündigungen von blühenden Landschaften verpassen Bundesregierung und Große Koalition leider die Gelegenheit, die nötigen Initiativen heute richtig zu setzen. Substanzieller Klimaschutz muss anders aussehen.

Der Deutsche Bundestag beschließt, in den Bereichen Stromsparfonds, Abbau umweltschädlicher Subventionen, ökologische Beschaffung, Forschung für Klimaschutz, klimafreundliche(s) Mobilität und Wohnen, ökologische Landwirtschaft sowie internationale Zusammenarbeit das Ziel des Klimaschutzes im Haushalt deutlich stärker voranzutreiben. Finanziert wird der Klimaschutzhaushalt aus Erlösen des Emissionshandels und mit Einsparungen durch den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen. Mit Umsetzung dieser Maßnahmen

würde mit mindestens 30 Mio. Tonnen deutlich mehr CO_2 eingespart werden können, als von der Großen Koalition bislang geplant. Das entspricht dem jährlichen Ausstoß von mindestens fünf Kohlekraftwerken. In den Jahren bis 2011 (Finanzplanungszeitraum) würden rund 11,6 Mrd. Euro verausgabt, ökologisch schädliche Subventionen von insgesamt rund 27,9 Mrd. Euro abgebaut und somit ein Finanzvolumen von rund 39,5 Mrd. Euro umgeschichtet.

Maßnahmen im Klimaschutzhaushalt:

Voraussichtliche Ausgaben	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**Ziel: CO_2-Einsparungen 2011**
	Euro in Mio.	**Euro in Mio.**	**Euro in Mio.**	**Euro in Mio.**	**in Mio. t**
Stromsparfonds	**1 000**	1 000	1 000	1 000	**17**
Ökologische Beschaffung	**110**	5	10	20	**0,5**
Klima – Forschungsoffensive	**263**	250	250	250	**nicht quantifizierbar**
Mobilität und Wohnen – klimafreundlich	**860**	1 000	500	700	**7,5**
Klimafreundliche Energieerzeugung und -verbreitung	**249**	300	350	400	**5**
Ökologische Landwirtschaft	**206**	325	325	325	**1**
Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz	**223**	225	225	225	**noch nicht quantifizierbar**
Summe Ausgaben	**2 911**	2 880	2 435	2 695	**31 (inkl. Maßnahmen Flugverkehr 33,5)**

Subventionsabbau

Die Listen der größten Steuervergünstigungen und Finanzhilfen werden von ökologisch schädlichen Ausgaben für die gewerbliche Wirtschaft angeführt. So subventioniert der Staat den Absatz von Steinkohle, begünstigt Unternehmen bei der Stromsteuer, befreit Mineralölhersteller von Steuern und erlässt bei grenzüberschreitenden Flügen die Mehrwertsteuer. Wer es ernst meint mit Klimaschutz, muss hier umsteuern.

Steuerausnahmen und Abgabenbefreiung darf es für umweltschädliches Verhalten nicht mehr geben – die Preise müssen ökologisch gerecht die externen Effekte des Wirtschaftens abbilden. Deshalb führen wir die ökologische Finanzreform fort und wollen eine Vielzahl ökologisch kontraproduktiver Subventionen abschaffen. Diese Subventionen sind nicht nur ökologisch schädlich, sondern auch fiskalisch falsch, ökonomisch fragwürdig und Wettbewerb verzerrend. Für eine nachhaltige Umwelt- und Haushaltspolitik ist der Abbau nachfolgender umweltschädlicher Subventionen unverzichtbar:

	Abzubauende Steuervergünstigungen und Finanzhilfen	**2008** Mio. €	**2009** Mio. €	**2010** Mio. €	**2011** Mio. €
Abbau der Ausnahmen von der Ökosteuer	Abbau der Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird (§ 9 Abs. 3 StromStG)	615	1 230	1 850	1 850
	Abbau der Steuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die durch die Stromsteuer erheblich belastet sind (§ 10 StromStG)	570	1 140	1 700	1 700
	Abbau der Vergünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft und für Stromversorger (alt: § 25 MinöStG – neu: § 54 EnergieStG)	110	220	330	330
	Abbau der Steuerbefreiung der bei der Mineralölherstellung zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendeten Mineralöle (alt: § 4 MinöStG – neu: § 44 EnergieStG)	130	260	400	400
	Abbau der Steuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die durch die Erhöhung der Steuersätze erheblich belastet sind (alt: § 25a MinöStG – neu: § 55 EnergieStG	65	130	170	170
	Abbau der Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardiesel) (alt: § 25b MinöStG – neu: § 57 EnergieStG)	135	135	135	135
	Abbau der Steuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt (§ 27 Abs. 1 EnergieStG)	64	129	129	129
Absenkung der Zuschüsse für die Steinkohle	Beschleunigtes Auslaufen der Steinkohlesubventionen (Ausstieg 2012)	Zwischen 2015 und 2018 ca. 8 Mrd. Euro			
	Absenkung der Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle auf Grund deutlich gestiegener Weltmarktpreise	232	ca. 200	ca. 200	ca. 200
	Einmalerlöse durch Korrektur der Zuwendungsbescheide 2005 und 2006	479	0	0	0
Abbau der Begünstigungen des Luftverkehrs	Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge	500	500	500	500
	Aufhebung der Minderalölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe (alt: § 4 Abs. 1 Nr. 3 MinöStG – neu: § 27 Abs. 2 EnergieStG	395	395	395	395
Steuern und Abgaben	Steuerliche Besserstellung für Strom aus erneuerbaren Energien und steuerliche Schlechterstellung der anderen Stromformen	Finanzneutral			
Emissionshandel	10 % Versteigerung der Zertifikate	900	900	900	900
	Summe	**4 195**	**5 239**	**6 709**	**6 709**

Ökologische Landwirtschaft

Weltweit betrachtet ist die Landwirtschaft einer der Hauptverursacher für Treibhausgas-Emissionen. Vor allem bei Lachgas und Methan, zwei Gasen mit einem wesentlich höheren Treibhausgaspotential als CO_2, gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten. Allerdings spielt die Landwirtschaft nicht nur als Emittent eine Rolle beim Klimawandel, sondern hat auch ein riesiges Potential, der Atmosphäre CO_2 zu entziehen. Dieses Potential wollen wir uns zu Nutze machen und fordern ein klimapolitisches Umdenken in der Agrarpolitik. Der Klimaschutz muss ein zentrales Element besonders der deutschen, der europäischen, aber auch der internationalen Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik werden. Ein Weg hierzu ist der ökologische Landbau, der, wie eine Vielzahl von Studien belegen, zwei- bis dreimal weniger Treibhauspotential verursacht als die konventionelle Landwirtschaft. Wir setzen daher auf eine konsequente Förderung und Stärkung der ländlichen Räume. Sie bilden eine wichtige Ressource um konsequente und umweltfreundliche Förderung der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Rohstoffe zu erschließen.

Internationaler Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit

Die ärmsten Länder der Welt sind den Folgen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt. Länder mit schwacher Staatlichkeit sind nur schwer in der Lage, die notwendigen Transformations- und Adaptionsprozesse aus eigener Kraft zu leisten. Ohne Unterstützung beim Aufbau guter Regierungsführung und ohne Zugang zu umweltfreundlichem Know-how sind weitere Abkopplungen von Wohlstand sowie Armut und zusätzliche Sicherheitsrisiken durch zerfallende Staaten in armen Regionen dieser Welt vorprogrammiert.

Die finanziellen Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit sind ein Hebel, durch den die weltweite Armut zurückgedrängt und internationaler Klimaschutz geleistet werden kann. Deshalb hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (ODA) bereitzustellen.

Gleichzeitig ist es im globalen Interesse, dass Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihrem wirtschaftlichen Aufholprozess nicht die gleichen Klimasünden wie die Industrieländer begehen. Deshalb werden die ODA-Ausgaben beim Auswärtigen Amt und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um 250 Mio. Euro erhöht. Aus Haushaltsmitteln allein kann dies jedoch nicht finanziert werden. Deshalb wird Deutschland kurzfristig eine Flugticketabgabe nach französischem oder britischem Vorbild einführen. Darüber hinaus wirkt der Deutsche Bundestag darauf hin, dass europaweit eine Kerosin- und Devisenumsatzsteuer etabliert wird. Auch die weitere Entschuldung ist eine wichtige Option.

Bildung und Forschung finanziell stark ausstatten

Unterfinanzierte Hochschulen, steigende Studienberechtigtenzahlen, wachsender Fachkräftemangel, demographischer Wandel – das deutsche Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen. Um unsere Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit auch künftig steigern zu können, werden in unserer Wissensökonomie in noch größerem Umfang Hochqualifizierte benötigt.

Deshalb muss bei den Hochschulen einerseits die Zahl der ausfinanzierten, qualitativ hochwertigen Studienplätze deutlich erhöht werden. Daher wird der Hochschulpakt mit rund 323 Mio. Euro deutlich verstärkt. Andererseits wird die Ausweitung des Exzellenzwettbewerbs auf die universitäre Lehre den Ehrgeiz der Lehrenden steigern, auch im Hörsaal exzellente und innovative Leistungen zu erbringen. Hierfür werden 25 Mio. Euro bereitgestellt.

Die Mittel fürs BAföG werden um 180 Mio. Euro erhöht. Damit können die dringend benötigten Mittel zum Lebensunterhalt und die Einkommensfreibeträge von Schülerinnen, Schülern und Studierenden bereits zum 1. April 2008 angehoben werden. Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Bedingungen für studierende Eltern, für Studierende, die in die neuen Studienstrukturen mit Bachelor-/Master-Abschluss wechseln, für Lebenspartner und ausländische Studierende möglich.

Für alle Anderen gilt: Lebenslanges Lernen ist zukünftig nicht mehr nur eine Floskel: Ein umfassendes Weiterbildungskonzept macht berufliche Weiterbildung für Jedermann möglich. Die Aufstiegsfortbildungsförderung wird endlich zu einem Erwachsenenbildung-Förderungsgesetz weiterentwickelt. Mit Hilfe der Bildungssparzulage gelingt der Einstieg ins Bildungssparen. Hierfür sind zusätzliche Bundesmittel von rund 200 Mio. Euro zu veranschlagen.

Zukunftsfähige Klimaschutzpolitik setzt Anreize für mehr Forschung vor allem im Bereich der nachhaltigen Energieerzeugung, -effizienz und -nutzung, wie auch im Bereich Mobilität. Dabei muss ein Fokus auf neuen Technologien liegen, mit deren Hilfe es gelingen kann, den CO_2-Ausstoß substanziell zu senken. Gleichzeitig müssen geistes- und sozialwissenschaftliche Ansätze gestärkt werden, die sowohl die technologische Forschung begleiten als auch das menschliche Verhalten in den Blick nehmen.

Eine existenzsichernde Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Neben der Prioritätensetzung beim Ausbau der Bildungsinfrastruktur müssen die Regelleistungen für Arbeitslosengeld-II-Empfängern an existenzsichernden Kriterien bemessen werden. Immer mehr Menschen und Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze, da die staatlichen Transferzahlungen nicht mehr einmal für den täglichen Bedarf ausreichen. Dadurch ergibt sich ein unmittelbarer Handlungsbedarf bei der Anpassung der Regelleistungen für Erwachsene auf 420 Euro. Ein von der Bundesregierung formulierter unverbindlicher Prüfauftrag zur Anpassung der Regelleistungen wird den sozialpolitischen Erfordernissen und den Betroffenen nicht gerecht. Die staatlichen Transferleistungen dürfen jedoch nur eine nachrangige Funktion haben. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass Unternehmen zunehmend die aufstockenden Leistungen im SGB-II-Bereich für eine Niedriglohnpolitik missbrauchen. Die Einführung eines Mindestlohns ist daher zwingend notwendig, um eine Lohnpolitik auf Kosten der Steuerzahler zu verhindern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmern ein existenzsicherndes Einkommen abseits staatlicher Transferleistungen zu garantieren. Um die Attraktivität von niedrig entlohnten Tätigkeiten zu steigern und um eine gerechte Lastenverteilung zu verwirklichen, muss perspektivisch ein Progressiv-Modell für die Sozialversicherungsbeiträge eingeführt werden. Demnach werden bei niedrigen Einkommen die Sozialversicherungsbeiträge progressiv erhoben.

Rechtsextremismus bekämpfen

Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus dürfen nicht unter den Tisch fallen. Deshalb wird ein neues Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in einer Höhe von 19 Mio. Euro aufgelegt. Mit diesem Programm soll finanziert werden, was in dem vorhandenen Programm der Bundesregierung zu kurz kommt: die Förderung der demokratischen Kultur, die Stärkung des Opferschutzes und genderspezifische Fragen.

Integration

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD betont gerne die Bedeutung der deutschen Sprache für die Integration, tut jedoch nichts, um die Qualität dieser An-

gebote zu verbessern, obwohl dringender Bedarf besteht. Zwischen dem Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung und der tatsächlichen Politik klaffen gewaltige Lücken. Besonders deutlich wird dies bei der finanziellen Ausstattung der Integrations- und Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die auf niedrigstem Niveau bleiben. In Höhe von zusätzlich 63 Mio. Euro werden die Programme für Integrationsmaßnahmen aufgestockt.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333